



**University of
Zurich** ^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

Ein Plädoyer für Selbstaufklärung

Jarren, Otfried

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-109715>
Newspaper Article
Published Version

Originally published at:

Jarren, Otfried. Ein Plädoyer für Selbstaufklärung. In: Journal – Die Zeitung der Universität Zürich, February 2015, 7.

Ein Plädoyer für Selbstaufklärung

Wenn Politik versucht, der Wissenschaft die Richtung vorzugeben, läuft das oft auf einen riskanten Blindflug hinaus. Hochschulen sollten deshalb lernen, sich besser als bisher selbst zu beobachten und zu steuern.



Bild Frank Brüdertli

Otfried Jarren, Professor für Publizistikwissenschaft und Prorektor Geistes- und Sozialwissenschaften an der UZH.

Otfried Jarren

«Warum so mutlos?», hiess es bezogen auf die Universitäten am 26. Oktober 2014 in der «NZZ am Sonntag». Kritisiert wurde, dass die Universitäten sich zu wenig um die Probleme der Welt kümmern würden.

Die Universitäten als Teil des modernen Wissenschaftssystems bearbeiten und reflektieren jedoch die Probleme der Welt mehr denn je. Es stellt sich die Frage, warum sie dann von den Medien und der Politik trotzdem immer wieder ermahnt werden, sich der Gesellschaft gegenüber zu öffnen.

Organisationswandel in den Universitäten

Bevor ich auf diese Frage antworte, möchte ich kurz auf die Veränderungsprozesse hinweisen, die die Hochschulen in den vergangenen Jahrzehnten durchgemacht haben. Es ist eindrücklich, mit welcher Vielfalt und Vielzahl an wissenschaftlichen Organisationstypen wir es heute zu tun haben: Es sind zahlreiche Einrichtungen mit einem hohen Bezug zur gesellschaftlichen Praxis entstanden. Neben die Universitäten sind die Pädagogischen Hochschulen und die Fachhochschulen getreten. Rund um professionelle Tätigkeiten bilden sich zudem Berufsakademien und Schools aus, etwa Law Schools, Business Schools, Medical Schools. Alle diese wissenschaftlichen Einrichtungen stehen im Austausch mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisationen.

Organisatorisch begreift sich die traditionelle Universität längst neu: Sie prüft ihre Binnenstrukturen, die Formen ihrer Leistungserbringung – und sie etabliert in der Folge neue, spezialisierte Angebote wie Graduate Schools, Forschungsverbünde (UFSP) oder Zentren – mit eigenen Ressourcen, eigenen Zielen und Interessen.

Aus der organisatorisch wie rhythmisch einfach strukturierten Universität, in der lange die Vorlesungszeit und die vorle-

sungsfreie Zeit das wesentliche Unterscheidungsmerkmal waren, sind ganzjährig tätige Organisationen geworden – mit neuen Prozessen und Rollenträgern. Neben die Universitätsleitungsmitglieder, die Dekane, Prodekane und Institutsleitungspersonen sind Direktorinnen und Direktoren für Schools oder Akademien getreten. Auch im Zuge der Bologna-Reform sind zahlreiche neue Rollen entstanden.

Zudem haben die Universitäten ihre Ausenbeziehungen massiv ausdifferenziert: Waren über lange Zeit vor allem die Rektorsratsmitglieder für die Beziehungen zur Öffentlichkeit zuständig, kamen in den 1970er-Jahren die Pressestellen hinzu. Sie informieren über das institutionelle Geschehen wie auch über wissenschaftliche Befunde.

Lange Zeit wurde der Öffentlichkeitsbezug der Universität einseitig als eine Frage der universitären Selbstdarstellung interpretiert. Erst mit dem Konzept des «Public Understanding of Science» trat – langsam – ein gewisser Wandel ein: Neue Schnittstellen zur Öffentlichkeit entstanden, zum Beispiel Ringvorlesungen, aber auch Schülerstudium, Seniorenuniversitäten und Weiterbildungseinrichtungen. Rückblickend kann man sagen, dass die meisten Austauschbeziehungen zwischen Universitäten und verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen eher beiläufig geschaffen wurden – ohne dass dafür ein hinreichendes organisatorisches Gesellschafts- oder Öffentlichkeitsverständnis entstanden wäre.

Der skizzierte Ausdifferenzierungsprozess der Universitäten hat – noch nicht ganz abschätzbare – Folgen für die Kernaufgaben in Forschung und Lehre. Die Universitäten haben, zum Teil bewusst, mehrheitlich aber wohl unbewusst, auf die von der Politik gestellten Anforderungen reagiert. So ist zum Beispiel Employability zum Kriterium bei der Konzeption des Lehrangebotes gewor-

den, und in der Forschung wird auf Umsetzbarkeit und Verwertung wissenschaftlicher Leistungen geachtet, Verbundforschung und Innovationsförderung haben sich etabliert. Trotzdem – als hätten sie sich nicht schon vielfach gewandelt und geöffnet – werden die Universitäten weiterhin regelmässig mit der rhetorischen Forderung konfrontiert, sich stärker in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Wie ist dies zu erklären?

Es hat damit zu tun, dass die Politik ihre selbstgestellten Probleme verschiebt. Sie setzt Themen auf ihre Agenda, die ihre Möglichkeiten überfordern – zum Beispiel den Energiewandel, die Schaffung einer nachhaltigen Gesellschaft oder die Eindämmung der Folgen des Klimawandels. Richten soll es die Wissenschaft: Sie wird von der Politik immer häufiger als Problemlösungsangebot der Gesellschaft offeriert. Die Europäische Kommission zum Beispiel hat «Great Challenges» identifiziert – und bezieht dann Wissenschafts- und Forschungsorganisationen in ihre politisch gesteuerten Problemlösungsprogramme ein. Das läuft auf eine Funktionalisierung der Wissenschaft durch die Politik hinaus – mit den üblichen und bekannten Risiken, auch und gerade für Organisationen der Wissenschaft.

Beobachtungsprobleme der Politik

Die Steuerung von komplexen Systemen – und dazu zählen Wissenschaftsorganisationen – ist bekanntlich schwierig, vielfach sinnlos, auf alle Fälle mit Auswirkungen und Nebenwirkungen verbunden, die zumeist vorgängig nicht abgeschätzt werden können. Aber es gibt nicht nur Steuerungsprobleme: Es gibt auch Beobachtungs- und Selbstbeobachtungsprobleme. Die Politik hat ein Beobachtungsproblem: Das Wissenschafts- und Forschungssystem insgesamt lässt sich immer weniger systematisch erkennen, erfassen und beschreiben. Formal kann man Or-

ganisationen abbilden und mit Kennzahlen dokumentieren, aber wie tief geht das? Welche Kennziffern liegen vor, welche werden gebraucht? Wo finden sich Daten zu den Interdependenzbeziehungen? Was weiss die Politik empirisch über den Arbeitsmarkt und die Ausbildungs- oder Nichtausbildungsleistung von Hochschulen? Wie ist es um die Qualität ihrer Beobachtungen bestellt?

Damit ist auch die Selbstbeobachtung des Wissenschaftssystems angesprochen: Diese wird in der Schweiz vor allem durch den Wissenschafts- und Innovationsrat geleistet. Doch durch wen noch? Was leisten diesbezüglich Universitäten als Einzelorganisationen und die Universitäten insgesamt? Ich behaupte: bis jetzt nicht genug. Die Universitäten müssen lernen, sich selbst besser zu beobachten, wenn sie ihre Selbststeuerungskapazitäten erhalten oder gar erhöhen wollen, also autonom sein wollen. Und die Ergebnisse der Selbstbeobachtung müssen intern publiziert und diskutiert werden können. Nur dann kann das Orientierungswissen aufgebaut werden, das Organisationen zur Selbststeuerung brauchen. Hier stehen die Universitäten noch ganz am Anfang. Die Informations- und Kommunikationsstellen sind in erster Linie Aussendarstellungs- und Selbstdarstellungseinrichtungen. An ausgebauten Wissenschaftsforschungseinrichtungen mangelt es.

Die Beobachtung durch Dritte ist ein weiterer relevanter Faktor für die Selbststeuerung. Für die Universitäten ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wie sie durch unabhängige Journalistinnen und Journalisten dargestellt werden, denn gesamtgesell-

«Die Politik macht sich ihr Bild von der Wissenschaft zu guten Teilen aufgrund der Medienberichterstattung.»

Otfried Jarren

schaffliche Sichtbarkeit und Anerkennung erfahren wissenschaftliche Leistungen nahezu ausschliesslich durch Medien. Auch die Politik, die über die öffentlichen Mittel für Forschung und Hochschulbildung entscheidet, macht sich ihr Bild von der Wissenschaft zu guten Teilen aufgrund der Berichterstattung in den Medien. Die Finanzierungskrise der Qualitätsmedien wird deshalb die Wissenschaftsinstitutionen nicht unberührt lassen; sie kann zu einer Legitimationskrise der universitären Forschung führen. Auch deshalb sollten die Universitäten sich bewusst sein, dass sie den Gesellschafts- und Öffentlichkeitsbezug, den die Politik rhetorisch immer wieder fordert, selbst herstellen müssen. Dann, und nur dann, können sie den Versuchen der Politik, das Wissenschaftssystem zu beeinflussen, etwas entgegensetzen.

Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den Otfried Jarren im vergangenen Jahr im Rahmen eines Workshops zum Thema Hochschulautonomie an der Universität Bonn hielt.